

ZENTRALER RECHTSDIENST

Susanne Bayer
Sachbearbeiterin

susanne.bayer@bmnt.gv.at
+43 1 71100/602132
Fax +43 1 513 16 790
Stubenring 1, 1010 Wien

An die
Parlamentsdirektion
L1.3 – Ausschussbetreuung NR

Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: BMNT-LE.4.2.6/0214-RD 3/2018

Ihr Zeichen: BKA - PDion
(PDion)11/PET-NR/2018

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus nimmt zur Petition Nr. 11 betreffend „Petition für ein wolfsfreies Salzburg“ wie folgt Stellung:

Das Thema „Wölfe“ beschäftigt uns derzeit intensiv und wird vor allem sehr emotional und kontrovers diskutiert. Die steigende Population von Wölfen in unseren Nachbarländern und der Zuwachs an Individuen in Österreich sind Anlass intensiver Debatten vor allem im Sektor Landwirtschaft.

In Österreich liegt die Zuständigkeit für Jagd- und Naturschutz bei den Bundesländern. Wölfe sind auf Grund der Vorgaben aus der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) in allen österreichischen Bundesländern durch die jeweiligen Jagd- bzw. Naturschutzgesetze streng geschützt.

Die Richtlinien der Europäische Union richten sich an die Mitgliedstaaten und sind von diesen in nationales Recht umzusetzen. Grundsätzliches Ziel der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie ist es zur Sicherung der Arten - durch Erhaltung der wildlebenden Tiere und Pflanzen im europäischen Gebiet der Mitgliedsstaaten - beizutragen.

Ohne Zweifel liegt in der Koexistenz von traditioneller Berglandwirtschaft und Wölfen eine große Herausforderung. Um die gewünschte Berücksichtigung „wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und regionaler Anforderungen“ zu realisieren sollen zukünftig durch

Zusammenarbeit von Landwirtschaft, Naturschutz und Jagd Wolfsmanagement- und Herdenschutzpläne realisiert werden.

Vonseiten des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus unterstützen wir die Bundesländer durch die Gründung eines „Österreichzentrums für Wolf, Luchs und Bär“. Gemeinsam mit den Bundesländern sollen die verschiedenen Tätigkeitsbereiche in einer klaren Organisationsstruktur gebündelt werden. Das Österreichzentrum soll Vorschläge für wirkungsvolle Schutzmaßnahmen erarbeiten. Vor allem soll eine einheitliche Entschädigungsregelung geschaffen und den Betroffenen im Schadensfall schnell und unbürokratisch geholfen werden.

Mit besten Grüßen

15. Jänner 2019

Für die Bundesministerin:

Dr. Franz Jäger

elektronisch gefertigt